

---

**Vorsitz: Luxemburg****740. PLENARSITZUNG DES FORUMS**

1. Datum: Mittwoch, 11. Dezember 2013  
  
Beginn: 10.30 Uhr  
Schluss: 11.30 Uhr
  
2. Vorsitz: Botschafter H. Wurth
  
3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:  
  
Punkt 1 der Tagesordnung: ALLGEMEINE ERKLÄRUNGEN
  - (a) *Militärübung „Steadfast Jazz“ vom 2. bis 9. November 2013:* Polen, Russische Föderation (Anhang 1)
  
  - (b) *Veröffentlichung eines zweiten Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der Resolution 1325 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen über Frauen, Frieden und Sicherheit:* Island (Anhang 2)
  
  - (c) *Gemeinsame Erklärung zu Frauen, Frieden und Sicherheit:* Vereinigtes Königreich (auch im Namen Deutschlands, Österreichs, Bosnien und Herzegowinas, Kanadas, Zyperns, Kroatiens, Finnlands, Frankreichs, Griechenlands, Irlands, Schwedens und der Türkei) (Anhang 3), die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Schweiz, Russische Föderation, Vereinigte Staaten von Amerika  
Punkt 2 der Tagesordnung: VORLÄUFIGER BERICHT ÜBER DAS 7. TREFFEN DER LEITER DER VERIKFIKATIONSZENTREN  
  
Vertreter des Konfliktverhütungszentrums (Anhang 4), Vorsitz

Punkt 3 der Tagesordnung: ERÖRTERUNG DER ARBEITSUNTERLAGE MIT DEN VORSTELLUNGEN DES FSK-VORSITZES ÜBER FÜR DAS FORUM FÜR SICHERHEITS-KOOPERATION RELEVANTE FRAGEN (FSC.DEL/200/13 VOM 6. DEZEMBER 2013)

Litauen – Europäische Union (mit den Bewerberländern ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro und Serbien; dem Land des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und potenziellen Bewerberland Albanien; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Liechtenstein und Norwegen; sowie mit Andorra, Georgien, Moldau und San Marino) (FSC.DEL/202/13), Schweiz, Ukraine, Türkei, Vereinigte Staaten von Amerika, Russische Föderation (Anhang 5)

Punkt 4 der Tagesordnung: SONSTIGES

- (a) *Protokollarische Angelegenheiten: Albanien*
- (b) *Zusammenfassende Übersicht des Informationsaustausches betreffend den Fragebogen zu Kleinwaffen und leichten Waffen: Vertreter des Konfliktverhütungszentrums*

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 18. Dezember 2013, 11.00 Uhr im Neuen Saal

---

**740. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 746, Punkt 1 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir danken dem verehrten Vertreter Polens für die Mitteilung über die vom 2. bis 9. November abgehaltenen Übungen der NATO-Eingreiftruppe „Steadfast Jazz 2013“. Sie wird in Moskau aufmerksam studiert und mit anderen vorhandenen Daten verglichen werden. Wir nehmen die Information über die Anzahl der Teilnehmer und die Aussage, dass laut Übungsszenario die Russische Föderation und die Republik Belarus als neutrale Staaten betrachtet wurden, zur Kenntnis.

Dennoch können wir die Erklärungen einiger Vertreter der Führung Polens und der baltischen Staaten nicht außer Acht lassen, denen zufolge diese Übungen von der Bereitschaft der Bündnispartner zeugen, die osteuropäischen Staaten gegen eine „Bedrohung aus dem Osten“ zu verteidigen.

Diese Erklärungen machen den eigentlichen Zweck der im Hoheitsgebiet von Polen, Lettland und Litauen durchgeführten Übungen deutlich. Ihr Szenario beinhaltete tatsächlich Elemente, die das Einüben der Hilfeleistung an einen NATO-Mitgliedstaat im Rahmen von Artikel 5 des Washingtoner Vertrags betreffend die kollektive Verteidigung zum Gegenstand hatten.

Wir verstehen, dass Soldaten zur Aufrechterhaltung ihrer Gefechtsbereitschaft Übungen und Trainings abhalten müssen. Das ist allgemein üblich.

Doch ist es heute wirklich angebracht, allen Ernstes von einem drohenden Angriff auf NATO-Staaten in dieser Region zu sprechen? Solche Szenarien sind nicht nur absurd, sie senden auch ein falsches Signal an die Öffentlichkeit und erzeugen ein Feindbild nach Art des „Kalten Krieges“. Verwunderlich sind in diesem Zusammenhang auch die provokanten Aufrufe, den blockfreien Status der Ukraine zu überdenken oder die Voraussetzungen für eine militärische Konfrontation in der Arktis zu schaffen.

Unserer Ansicht nach widersprechen solche Ansinnen eindeutig dem auf dem Gipfeltreffen des NATO-Russland-Rates 2010 in Lissabon gesetzten Ziel, einen gemeinsamen Raum des Friedens, der Sicherheit und der Stabilität zu schaffen. Versuche, die

NATO um jeden Preis in die Vergangenheit zurückzustoßen, sind der Lösung gemeinsamer Aufgaben als Reaktion auf reale – nicht erfundene – Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit unserer Länder nicht dienlich.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung als Anhang beizufügen.

---

**740. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 746, Punkt 1 (b) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION ISLANDS**

Danke, Herr Vorsitzender.

Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass die Regierung Islands am 28. Mai dieses Jahres ihren zweiten Nationalen Aktionsplan (NAP) für die Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats über Frauen, Frieden und Sicherheit (UNSCR 1325) veröffentlicht hat.

Mit dem überarbeiteten Nationalen Aktionsplan Islands sollen die Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Stellung der Frau in einem von Krisen geprägten Umfeld und in Friedensprozessen unterstrichen werden. Er sieht vor, dass Genderfragen bei der Konzipierung aller politischen Strategien und Projekte internationaler Organisationen, denen Island angehört, schwerpunktmäßig berücksichtigt werden.

Im Zuge des Überprüfungsprozesses wurde das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Islands von der Zivilgesellschaft aktiv unterstützt, und es wurden Lehren und Erfahrungen anderer UN-Mitgliedstaaten berücksichtigt. Das Ergebnis ist ein Dokument, das die wichtigsten Ziele Islands in Bezug auf die Umsetzung der UNSCR 1325 deutlich macht und beschreibt, wie sie erreicht werden können; ferner sind darin Maßnahmen der Rechenschaftslegung und Überwachung aufgeführt. Der Nationale Aktionsplan kann auf der Website des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten unter <http://www.mfa.is/media/fridargaeslan/UT-WomenPeaceSecurity-2013.pdf> abgerufen werden.

In der Neufassung des NAP wird den vier Säulen der UNSCR 1325 (Mitsprache, Prävention, Schutz sowie Soforthilfe und Wiederaufbau) umfassend Rechnung getragen, während weitere Schwerpunkte der Ausbildung und Interessenvertretung sowie der Partnerschaft und Zusammenarbeit, unter anderem mit isländischen und internationalen NGOs, internationalen Organisationen und gleichgesinnten Ländern, gewidmet sind.

Dieser NAP gilt vier Jahre und wird Gegenstand einer Halbzeitüberprüfung sein, bei der festzustellen sein wird, ob die Ziele, Aktivitäten und Indikatoren noch immer zweckdienlich sind oder ob sie angepasst werden müssen.

Herr Vorsitzender,

ich ersuche höflich, diese Erklärung dem Journal der Sitzung beizufügen.

**740. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 746, Punkt 1 (c) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS  
(AUCH IM NAMEN DEUTSCHLANDS, ÖSTERREICHS, BOSNIEN  
UND HERZEGOWINAS, KANADAS, ZYPERNS, KROATIENS,  
FINNLANDS, FRANKREICHS, GRIECHENLANDS,  
IRLANDS, SCHWEDENS UND DER TÜRKEI)**

Herr Vorsitzender,

Ich spreche im Namen der Delegationen Deutschlands, Österreichs, Bosnien und Herzegowinas, Kanadas, Zyperns, Kroatiens, Finnlands, Frankreichs, des Vereinigten Königreichs, Griechenlands, Irlands, Schwedens und der Türkei.

Gestern war der Tag der Menschenrechte und auch der letzte Tag der Kampagne „16 Days of Activism against Gender Violence“. Diese hat leider heute ebenso ihre Berechtigung wie im Jahr 1991, als sie erstmals stattfand. Gewalt gegen Frauen ist nach wie vor ein vordringliches Problem in der gesamten OSZE-Region, das bei weitem nicht nur die Opfer, sondern auch Familien, Gemeinschaften und die Gesellschaft insgesamt betrifft und somit ein Thema ist, mit dem sich die zuständigen Organe in der OSZE befassen müssen.

Von besonderem Interesse für das Forum für Sicherheitskooperation ist gemäß Ministerratsbeschluss Nr. 7/11 sein Auftrag, Wege zu prüfen, wie es die Umsetzung der Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und der damit zusammenhängenden Resolutionen unterstützen kann. Wir möchten auf die einstimmige Verabschiedung von zwei weiteren Resolutionen des UN-Sicherheitsrat über Frauen, Frieden und Sicherheit – nämlich der Resolutionen 2106 und 2122 – im Jahr 2013 hinweisen, beide Male unter dem Vorsitz von OSZE-Teilnehmerstaaten im Sicherheitsrat.

In Anerkennung der Tatsache, dass UNSCR 1325 und die damit zusammenhängenden Resolutionen Elemente mit direktem FSK-Bezug enthalten – insbesondere in den Bereichen Konfliktverhütung, Kapazitätsaufbau und Sicherstellung der sinnvollen Einbeziehung von Frauen in alle Bemühungen zur Wahrung und Förderung von Frieden und Sicherheit –, möchten wir erneut unser Bekenntnis zu diesen wichtigen Konzepten festhalten und unsere Arbeit mit den Partnern im FSK verbessern, um eine positive Wende in der Umsetzung zu erreichen.

Auch wenn uns bewusst ist, dass alle Teile der Gesellschaft von Konflikten betroffen sind, bekräftigen wir erneut unsere Überzeugung, dass – wie auch in diesen Resolutionen des Sicherheitsrats festgehalten – Frauen und Mädchen während und nach Konfliktsituationen besonders schutzbedürftig sind. Ferner vertreten wir die Ansicht, dass in ihrer Stellung gestärkte Frauen und Mädchen, die auf sinnvolle Weise in die Verhütung und Lösung von Konflikten und in die Friedenskonsolidierung eingebunden werden, einen spürbaren Beitrag zu Frieden und Sicherheit leisten. Aus diesem Grund ist unsere Arbeit im FSK und generell die Förderung des Kapazitätsaufbaus mit dem Ziel, die Frauen-, Friedens- und Sicherheitsagenda voranzutreiben, für die Anliegen dieser Organisation und den Fortschritt auf dem Weg zu einer Sicherheitsgemeinschaft von zentraler Bedeutung.

In Anbetracht der zunehmenden internationalen Dynamik hinter der Initiative zur Verhütung sexueller Gewalt bei Konflikten, die 2013 vom Vereinigten Königreich vorangetrieben wurde und insbesondere in UNSCR 2106 (2013) und in der von 135 Staaten gebilligten Erklärung der UN-Generalversammlung über die Verhütung sexueller Gewalt ihren Niederschlag fand, gehen wir davon aus, dass sich die OSZE in ihrer Gesamtheit und die Teilnehmerstaaten im Einzelnen in den verschiedenen Aspekten dieser Arbeit engagieren werden. Wir meinen, dass unsere Organisation hier eine wichtige Rolle einnehmen kann und dass das FSK bei der Erörterung der Frauen-, Friedens- und Sicherheitsagenda die Initiative berücksichtigen sollte. Dies umfasst auch die praktische Arbeit unserer Feldmissionen, und wir begrüßen das derzeit in Bosnien und Herzegowina laufende Projekt, insbesondere die Ausbildung von Richtern und Staatsanwälten sowie das Programm für Opferhilfe. Darüber hinaus weisen wir auf das Gipfeltreffen über die Initiative zur Verhütung sexueller Gewalt hin, das im Juni 2014 in London stattfinden wird und auf dem, so hoffen wir, die OSZE und viele ihrer Teilnehmerstaaten vertreten sein werden.

Wir freuen uns, dass uns Ministerratsbeschluss Nr. 8/13 dazu ermutigt, diese Sicherheitsaspekte in unserer Arbeit über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition zu berücksichtigen, wozu auch UNSCR 2117 (2013) und 2122 (2013) explizit aufrufen. Im Hinblick auf 2014 ist unserer Ansicht nach noch viel zu tun, um sicherzustellen, dass der potenzielle Beitrag von Frauen zu Frieden und Sicherheit den bestmöglichen Nutzen für das Wohl der Allgemeinheit bringt. Wir bestärken die künftigen FSK-Vorsitze, dieses Thema in unser Arbeitsprogramm aufzunehmen, und fordern die Teilnehmerstaaten auf, diese Bemühungen aktiv zu unterstützen. Generell bekräftigen wir unsere Unterstützung für die Entwicklung eines OSZE-weiten Aktionsplans über Frauen, Frieden und Sicherheit.

Herr Vorsitzender,

obwohl die Zeit der „16 Days of Activism against Gender Violence“ des Jahres 2013 schon vorbei ist, ist die Arbeit damit noch keineswegs beendet; wir stehen vielmehr an deren Anfang. In UNSCR 2122 wird der tiefen Sorge über die anhaltende unzureichende Umsetzung der Frauen-, Friedens- und Sicherheitsagenda Ausdruck verliehen. Somit appellieren wir dringend an die Teilnehmerstaaten, diese Versäumnisse wiedergutzumachen, unter anderem durch unsere Arbeit hier im FSK.

Ich ersuche um Aufnahme dieser Erklärung als Anhang in das Sitzungsjournal.

---

**740. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 746, Punkt 2 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DES VERTRETERS DES KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUMS**

Herr Vorsitzender,

gerne komme ich dem Ersuchen des FSK nach und gebe Ihnen einen vorläufigen Kurzbericht über das gestrige Treffen der Leiter der Verifikationszentren.

Zu dem am 10. Dezember 2013 gemäß FSK-Beschluss Nr. 5/13 abgehaltenen siebenten Treffen der Leiter der Verifikationszentren versammelten sich über 100 Personen aus rund 41 Delegationen. Bei dem eintägigen Treffen diskutierten die Leiter der Verifikationszentren zahlreiche Fragen in Bezug auf die technischen Aspekte der Umsetzung des Wiener Dokuments.

Die Tagungsteilnehmer befassten sich mit dem Thema höhere Gewalt und seiner Anwendung im Zusammenhang mit den Einhaltungsbestimmungen des Wiener Dokuments. Viele Delegationen sprachen sich für eine enge Auslegung des Begriffs höhere Gewalt aus. Einige Delegationen meinten, es sollte im FSK ein Food-for-thought-Paper zu dieser Frage erarbeitet werden, und erklärten sich bereit, praktische Vorarbeit dazu zu leisten. Ein weiteres Diskussionsthema waren die nationalen Feiertage. Mehrere Delegationen äußerten die Ansicht, dass die Berufung auf nationale Feiertage die Durchführung von Aktivitäten nach dem Wiener Dokument nicht ausschließen könne, dass die ersuchenden Staaten jedoch Rücksicht darauf nehmen sollten. Einige Teilnehmer riefen die Teilnehmerstaaten dazu auf, am nationalen Feiertag selbst sowie in der Zeit knapp davor oder danach auf Aktivitäten zu verzichten. Drittens wurde die Visafrage diskutiert. Zu diesem Thema meinten viele Delegationen, dass nationale Verfahren und Rechtsvorschriften der wirksamen Umsetzung des Wiener Dokuments nicht entgegenstehen dürften. Das vierte Diskussionsthema betraf die Definition und die Funktionen von Hilfspersonal. Mehrere Teilnehmer forderten mehr Klarheit zu diesem Begriff. Das fünfte Thema befasste sich mit der multinationalen Zusammenarbeit. Dazu zeigte eine dreiseitige Verifikationsagentur in einem Referat, wie multinationales Pooling und gemeinsame Nutzung praktisch verwirklicht werden können. Sechstens und abschließend berichteten zwei nationale Redner über Erfahrungen mit der technischen Umsetzung, wobei beide Referate Anlass zu einer lebhaften Diskussion gaben.

Herr Vorsitzender,

was das Format der Treffen der Leiter der Verifikationszentren betrifft, ist anzumerken, dass das diesjährige Treffen im Gegensatz zum Vorjahr nicht in Form paralleler Arbeitsgruppen, sondern von aufeinanderfolgenden Plenarsitzungen ablief. Die Teilnehmer sprachen sich nachdrücklich für die Abhaltung paralleler informeller Arbeitssitzungen aus, um in der kurzen verfügbaren Zeit mehr Fachfragen behandeln zu können. Die Leiter der Verifikationszentren meinten aber, dass auch dieses Jahr gute Diskussionen geführt wurden. Mehrere Delegationen äußerten die Ansicht, für das nächste Treffen 2014 müsse informelle Vorbereitungsarbeit geleistet werden. Diesbezüglich bitte ich die Teilnehmerstaaten eindringlich, sich auf einen Termin für das nächste Treffen der Leiter der Verifikationszentren frühzeitig im Jahr zu einigen.

Der Schlussbericht für das AIAM wird gemäß FSK-Beschluss Nr. 6/13 Anfang Februar 2014 verteilt werden. Schließlich möchte ich allen teilnehmenden Staaten für ihre aktive Teilnahme und allen Rednern für ihre Beiträge zu dem erfolgreichen diesjährigen Treffen der Leiter der Verifikationszentren danken, nämlich: Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika, den Niederlanden, Kasachstan und der NATO-Schule im Namen Kanadas und der Slowakei.

**740. Plenarsitzung**

FSK-Journal Nr. 746, Punkt 3 der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG  
DER DELEGATION DER RUSSISCHEN FÖDERATION**

Herr Vorsitzender,

wir danken Ihnen für die Organisation der heutigen Aussprache.

Nach Ansicht unserer Delegation bieten die Ergebnisse der Vorbereitungsarbeiten für die politisch-militärischen Dokumente des Ministerratstreffens der OSZE in Kiew reichhaltige Denkanstöße.

Einerseits bestätigte sich erneut, dass das Forum in der Lage ist, Beschlüsse zu vereinbaren, die den Interessen aller OSZE-Teilnehmerstaaten gerecht werden, wenn auf allen Seiten der politische Wille dazu vorhanden ist. Beweis dafür sind die auf dem Ministerratstreffen verabschiedeten Dokumente: der Beschluss über Kleinwaffen und leichte Waffen und Lagerbestände konventioneller Munition und die Erklärung über die Aktualisierung der OSZE-Prinzipien zur Regelung der Nichtverbreitung. Heute möchten wir Sie, Herr Vorsitzender, Ihr Team und Ihren Koordinator für Nichtverbreitungsfragen, Wassyl Pokotylo, von ganzem Herzen zu diesem Erfolg beglückwünschen. Außerdem halten wir es für angebracht, all jenen zu danken, die ihren Beitrag zum Zustandekommen eines Kompromisses geleistet haben.

Wir waren nur einen Schritt von der Verabschiedung eines weiteren Beschlusses entfernt – eines Beschlusses über für das Forum für Sicherheitskooperation relevante Fragen. Der russischen Seite wurde dabei ein nicht geringes Maß an Flexibilität abverlangt. Wir wissen die konstruktive Haltung eines Großteils der anderen Delegationen zu schätzen und danken unserem verehrten Kollegen Patrick Grisius für seine Bemühungen auf der Suche nach einer Lösung, die die Interessen aller Teilnehmerstaaten berücksichtigt. Der unter Berücksichtigung der Vormittagssitzung des 5. Dezember ausgearbeitete Entwurf (MC.DD/11/13/Rev.10) hätte vermutlich eine gute Grundlage für einen solchen Beschluss geboten.

Leider zeigte sich aber, dass nicht alle bereit waren, ihren Teil des Weges zu gehen. Über die Ursachen kann man nur raten, sie haben aber offensichtlich kaum etwas mit den in diesem Saal erörterten Problemen zu tun. Wenn man lange genug hier tätig war, weiß man allerdings, dass die Radikalität der Formulierungen, das demonstrative Höherlegen der Latte

der Forderungen in Kombination mit einer Herangehensweise, der die Formel „alles oder nichts“ zugrunde liegt, bei weitem nicht immer der tatsächlichen Bereitschaft zu ernsthafter Arbeit entspricht.

Wie auch immer, der für die Tätigkeit des FSK so maßgebliche Beschluss wurde nicht verabschiedet. Wir sehen darin keine Tragödie und sind bereit, die Arbeit gemeinsam mit unseren Partnern fortzusetzen. Was die Frage nach dem weiteren Schicksal des Wiener Dokuments betrifft, die zum Stein des Anstoßes wurde, gehen wir davon aus, dass der im Wiener Dokument 2011 vorgesehene umfangreiche Satz an politischen und militärischen Maßnahmen Offenheit und Berechenbarkeit in den militärischen Aktivitäten der OSZE-Teilnehmerstaaten gewährleistet, das Vertrauen zwischen ihnen festigt und die Wahrscheinlichkeit bewaffneter Konflikte in Europa verringert. Die Mechanismen des Wiener Dokuments müssen aber auch den Reformen Rechnung tragen, die in den Streitkräften vieler OSZE-Teilnehmerstaaten stattgefunden haben.

Im Hinblick darauf ist die Russische Föderation bereit, an der Verbesserung des VSBM-Regimes mitzuwirken, unter der Voraussetzung, dass das Ausmaß und Tempo dieser Arbeit

- mit den Bemühungen um Festigung der militärischen Stabilität und Berechenbarkeit in anderen, für die politisch-militärische Lage im OSZE-Raum entscheidenden Bereichen im Einklang steht,
- dem Umstand Rechnung trägt, dass Doppelgleisigkeiten mit möglichen Gesprächen über die Schaffung eines grundlegend neuen konventionellen Rüstungskontrollregimes in Europa vermieden werden müssen und
- wirtschaftliche Faktoren sowie die Entwicklungsinteressen der Streitkräfte der Russischen Föderation berücksichtigt.

Wir gehen davon aus, dass mit heutigem Tag die grundsätzliche künftige Ausrichtung dieses Prozesses noch nicht feststeht; die Diskussionen in Kiew führten dies deutlich vor Augen. Daher kann derzeit nur von einer „Feinabstimmung“ einzelner Bestimmungen des Wiener Dokuments die Rede sein, wobei es in erster Linie darum geht, die Verifikations-tätigkeit und den Austausch militärischer Information effizienter und kostengünstiger zu gestalten. Die russischen Vorstellungen dazu liegen auf dem Verhandlungstisch.

Ich danke Ihnen, Herr Vorsitzender, und ersuche, diese Erklärung dem Journal der heutigen Sitzung als Anhang beizufügen.